



Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau

CZAREK SOKOLOWSKI / AP

HOLOCAUST

Entschädigungsansprüche gegen Deutsche Bahn

Die Deutsche Bahn fürchtet offenbar Millionenklagen von Überlebenden des Holocaust vor US-Gerichten. Der Staatskonzern hat Ende des Jahres eine New Yorker Anwaltskanzlei und eine PR-Agentur beauftragt, Gesetzesinitiativen im US-Parlament und in der Regierung zu beobachten, die zur Grundlage etwaiger Klagen werden könnten. Zudem soll die auf Krisen-PR spezialisierte Agentur die Sicht der Bahn in Washington verbreiten. Ein Bahn-Sprecher bestätigte die Mandatierung, wollte sich aber zu

Details nicht äußern. Aufgeschreckt hat die Berliner Konzernzentrale der Holocaust Rail Justice Act, der zurzeit im US-Kongress behandelt wird. Das Gesetz soll Entschädigungsansprüche von Überlebenden des Holocaust in den USA sichern, die während der deutschen Besetzung Frankreichs von der französischen Staatsbahn SNCF in die Nazi-Vernichtungslager transportiert wurden. Laut Senator Charles Schumer, Initiator der Gesetzesinitiative, wurden mehr als 76 000 Juden, Widerstandskämpfer und

vereinzelt US-Kriegsgefangene mit SNCF-Zügen in Konzentrationslager deportiert. Nur drei Prozent von ihnen hätten überlebt. Bisher waren Klagen gegen die SNCF in den USA wegen unklarer Rechtslage gescheitert. Auch die Deutsche Bahn wurde bereits mehrmals mit Entschädigungsforderungen von Holocaust-Überlebenden konfrontiert. Im vergangenen Jahr kündigten osteuropäische NS-Opfer eine Klage vor US-Gerichten gegen das Unternehmen an, die aber noch nicht eingereicht ist.

GRÜNE

Mut zu mehr Markt

Die Grünen debattieren über den richtigen Weg zur Förderung alternativer Energien. Die langjährige Bundestagsabgeordnete Christine Scheel, mittlerweile im Vorstand des hessischen Energieversorgers HSE in Darmstadt, fordert einen Kurswechsel. Die Grünen sollten als Träger der Energiewende nicht länger „auf Stadtwerke und Regionalversorger in öffentlicher Hand“ setzen, sondern verstärkt auf private Großunternehmen, schreibt sie in einem Positionspapier. Die Energiewende sei kein „Idealisten- und Nischen-thema“ mehr, das mit „Verstaatlichung und in kleinen Einheiten“ zu lösen sei. „Die Energiewende braucht Markt, Kapital und mutige und innovative unternehmerische Entscheidungen.“ Daher müssten die Grünen ihre Antworten überdenken und anpassen.



Scheel

EMILY WABITSCH / PICTURE ALLIANCE / DPA

AGENTEN

„Bob und Petra“ klagen

Die Stasi-Unterlagenbehörde in Berlin streitet mit einem früheren Angestellten des SPD-Parteivorstands über dessen mögliche Arbeit als Spitzel für die DDR. Es geht um die Frage, ob Ost-Berlin dadurch „ein umfassender Einblick in die SPD“ möglich gewesen sei. Die Auseinandersetzung dreht sich um die Behördenpublikation „Hauptverwaltung A“, in der Autor Helmut Müller-Enbergs aufdeckt, wie flächendeckend der Geheimdienst Politik und Gesellschaft im Westen ins Visier genommen hatte (SPIEGEL 47/2011). In dem Handbuch wurde auch über die Quellen „Bob“ und dessen Frau „Petra“ berichtet. Obwohl die beiden, so Müller-Enbergs, „nach einem Stasi-Ranking in den achtziger Jahren als dritt wichtigste Quelle in der SPD und damit bedeutsamer als der DDR-Spion Günter Guillaume eingestuft“ wurden, wollen sie nun klagen. Die Jahn-Behörde habe mit dem Buch den Eindruck erweckt, sie hätten bewusst Informationen an die Stasi geliefert. Der Generalbundesanwalt hatte das Ehepaar 1996 angeklagt, das Verfahren wurde gegen eine Geldzahlung eingestellt.